



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 10. November 2014
(OR. en)

14228/14
ADD 1

PV/CONS 49
AGRI 628
PECHE 463

ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: **3337.** Tagung des Rates der Europäischen Union (**LANDWIRTSCHAFT
UND FISCHEREI**) vom 13. Oktober 2014 in Luxemburg

INHALT

Seite

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

A-PUNKT (Dok. 13993/14 PTS A 70)

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 3/2008 [erste Lesung] (GA+E) 3

*

*

*

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

A-PUNKT

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 3/2008 [erste Lesung] (GA+E)

PE-CONS 90/14 AGRI 310 AGRIFIN 67 AGRIORG 75 CODEC 1092

+ COR 1 (de)

+ COR 2 (es)

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union gegen die Stimme der niederländischen, der schwedischen und der britischen Delegation angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 42 und Artikel 43 Absatz 2 AEUV).

Erklärung der Niederlande

"Die Niederlande stimmen gegen diesen Vorschlag, weil wir der Ansicht sind, dass für Absatzförderungsmaßnahmen nicht die Regierung – weder die europäische noch die nationale –, sondern einzig und allein der betreffende Sektor selbst zuständig ist.

Darüber hinaus halten die Niederlande die vorgeschlagene Aufstockung der hierfür bereitgestellten Mittel für unannehmbar."

Erklärung Schwedens

"Schweden bedauert, dass in der Verordnung der Schwerpunkt nicht deutlich auf Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen in Drittländern gelegt wird. Hauptziel der Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen sollte es unter anderem sein, die Wettbewerbsfähigkeit von EU-Agrarerzeugnissen außerhalb der Union zu erhöhen, wobei besonders die Drittlandsmärkte mit dem größten Wachstumspotenzial in den Blick genommen werden sollten.

Schweden ist zudem der Ansicht, dass die vorgeschlagenen Kofinanzierungssätze zu großzügig bemessen sind, und befürchtet, dass es hierdurch noch mehr ungerechtfertigte Anträge und nur wenige Programme mit einem Mehrwert geben wird.

Überdies hat Schweden Bedenken gegen die Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Alkohol. Nach Ansicht Schwedens sollten Absatzförderungsmaßnahmen für alkoholische Getränke zum Schutz der öffentlichen Gesundheit strenger reglementiert werden.

Aus diesen Gründen stimmt Schweden gegen den Vorschlag."